



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Wirtschaftsausschuss**  
- L 214 -

Kiel, 6. Februar 2014  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1142  
(0431) 988 1171  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

*30. Sitzung des **Wirtschaftsausschusses***

*am Mittwoch, dem 5. Februar 2014,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung nahm der Ausschuss einen Sachstandsbericht der Landesregierung zum **Friedrichskooger Hafen** entgegen. Es schloss sich eine Diskussion an.

Sodann beschloss der Ausschuss, in seiner nächsten Sitzung am 5. März 2014 eine mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Gesetzes zur Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen (Spielhallengesetz - SpielhG)**, [Drucksache 18/918](#), und zum Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und CDU zur **Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1125](#), durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, gegenüber dem Geschäftsführer Anzuhörende binnen einer Woche zu benennen.

Nach einer Diskussion verständigten sich die Fraktionen jeweils im Einvernehmen mit dem Antragsteller darauf, den Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Stärkung des barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/909](#), sowie den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Schleswig-Holstein für alle - Perspektiven für ein barrierefreies Urlaubsland**, [Drucksache 18/952](#), für erledigt zu erklären. Er empfahl dem Landtag einstimmig, einen im Ausschuss gemeinsam formulierten Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

Den Bericht der Landesregierung betreffend **Bedeutung des Kreuzfahrt- und Fährtourismus für Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1104](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis, mit Einverständnis des Antragstellers erklärte der Ausschuss den Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/910](#), betreffend **Kreuzfahrttourismus und Fährtourismus in Schleswig-Holstein voranbringen** für erledigt.

Nach einer Diskussion stellte der Ausschuss eine Beschlussfassung zum Antrag der Fraktion der CDU betreffend **AKN - Elektrifizierung zügig weiterplanen, zeitnah bauen und bis 2018 fertigstellen**, [Drucksache 18/1474](#), zurück.

Den Bericht der Landesregierung betreffend **Bürokratieaufwand halbieren**, [Drucksache 18/1103](#), nahm der Ausschuss ebenso zur Kenntnis wie den Bericht der Landesregierung zum **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2014**, [Drucksache 18/1431](#).

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und PIRATEN empfahl der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Europaausschuss, dem Landtag den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Umwelt- und Gesundheitsstandards durch Transatlantisches Freihandelsabkommen nicht aufweichen**, [Drucksache 18/1458](#), unverändert zur Annahme zu empfehlen, nachdem er mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN betreffend **EU-US-Verhandlungen über Freihandelsabkommen stoppen**, [Drucksache 18/501](#), zur Ablehnung empfohlen hatte.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU empfahl der Ausschuss dem Landtag den Änderungsantrag der Fraktion der CDU betreffend **Ausstieg aus der Kernenergie seriös fortführen**, [Drucksache 18/1507](#), zur Ablehnung, gleichzeitig empfahl er dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen den Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer**, [Drucksache 18/1479](#), unverändert zur Annahme.

Zum Antrag der Fraktion der FDP betreffend **Vorbild sein: Der öffentliche Dienst darf kein Arbeitgeber zweiter Klasse sein**, [Drucksache 18/1374](#), beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer bis zum Ende der kommenden Woche zu benennen.

Die **Beschlüsse der 27. Veranstaltung „Jugend im Landtag“**, [Umdruck 18/2058](#), nahm der Ausschuss mit der Maßgabe zur Kenntnis, den Fraktionen zu empfehlen, gegebenenfalls parlamentarische Initiativen aus den Beschlüssen zu entwickeln.

Von der Tagesordnung abgesetzt wurden folgende Punkte:

- **Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden**  
Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/351](#)
- **Ausbau der AKN zur S 21 aus Regionalisierungsmitteln finanzieren**  
Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/734](#)
- **Keine Ausweitung der Lkw-Maut**  
Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/1137](#)
- **Förderung der Beratungsstellen zur Teilzeit-Ausbildung unverzüglich fortsetzen**  
Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/1473](#)

**Teilzeit-Ausbildung - ein wichtiger Baustein im dualen System**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1509](#) Abs. 2 und 3 - selbstständig -

Schluss: 12:10 Uhr

gez. Thomas Wagner